

# Nicht an Rechten benachteiligter Kinder sparen!

## Das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft erhalten!

### Das Aus für das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft verhindern!

Wir Unterzeichner:innen fordern das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf, das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft e.V. weiterhin zu fördern! Das Bundesforum hat in den letzten Jahren eine einzigartige Vernetzungs- und Qualifizierungsarbeit für die Vormundschaft in der Kinder- und Jugendhilfe geleistet – in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit jungen Menschen, erzieherischen Hilfen, Sozialen Diensten und Familiengerichtbarkeit!

### Rechte besonders benachteiligter Kinder achten!

Die Arbeit des Bundesforums gilt etwa 100.000 Kindern und Jugendlichen in Deutschland, die eine : Vormund:in haben: Überwiegend Kinder und Jugendliche, die unter schwierigsten Bedingungen aufgewachsen sind und Vernachlässigung, körperliche oder sexualisierte Gewalt erfahren haben.

Der Schutz von Kindern endet nicht mit der Herausnahme aus der Familie! Vormund:innen handeln an Eltern statt, stehen an der Seite der jungen Menschen, fördern sie, setzen sich für sie ein und vertreten ihre Rechte. Der Auftrag, Qualität in Vormundschaften zu sichern, ist für die betroffenen jungen Menschen so elementar, dass er nicht von kommunalen Haushaltslagen oder regionalem Engagement abhängen darf. Wo Eltern nicht (mehr) für ihre Kinder sorgen können, ist der Staat in besonderer Weise verantwortlich!

### Kein Wegsparen von Infrastruktur für vulnerable Kinder!

Wir wenden uns insgesamt dagegen, an der unterstützenden Infrastruktur für besonders benachteiligte Kinder, die durch Entlastungspakete nicht erreicht und gefördert werden können, zu sparen. Das Bundesfinanzministerium darf durch Kürzungen des Kinder- und Jugendplans (KJP) gerade die Akteur:innen, die Vielfalt, Innovationen und die Fachlichkeit der Praxis stärken, nicht bedrohen. Die Vormundschaft ist zentraler Teil der Kinder- und Jugendhilfe; eine bundeseinheitliche Qualitätssicherung in der Vormundschaft – wie das Bundesforum sie fördert – liegt im gesamtstaatlichen Interesse.

### Qualifizierte Umsetzung von Reformen nicht gefährden!

Das BMFSFJ kündigt die Einstellung der Förderung des Bundesforums zum 1.1.2023 an – ausgerechnet zeitgleich mit Inkrafttreten der umfassendsten Reform des Vormundschaftsrechts seit mehr als 100 Jahren! Die Reform muss überwiegend von den Jugendämtern umgesetzt werden. Auch wenn die rechtlichen Grundlagen der Vormundschaft im BGB niedergelegt sind, ist die Vormundschaft in der Praxis unverzichtbarer Teil der Kinder- und Jugendhilfe. Die Reform des Vormundschaftsrechts, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz sowie die inklusive Weiterentwicklung des SGB VIII fordern verstärkte Zusammenarbeit von Vormund:innen und Sozialen Diensten im Jugendamt. Das interdisziplinär aufgestellte Bundesforum wird als zentraler Akteur in der Vermittlung der Reformen und der dazu geführten Fachdiskussion dringend gebraucht.

- **Wir fordern Sie, sehr geehrter Herr Finanzminister Christian Lindner, daher auf, die Entlastungspakete nicht auf Kosten der Infrastruktur für benachteiligte Kinder zu finanzieren.**
- **Und wir fordern Sie, sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Lisa Paus, nachdrücklich auf, das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft weiter zu fördern!**